

## LANDTAG

**Einsparungen bei Medikamenten**

Die Landtagsabgeordneten der Freien Liste, Egon Matt und Paul Vogt, haben eine Interpellation betreffend Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen durch EWR-Medikamente eingereicht, diese wurde zur Beantwortung an die Regierung überwiesen. Vor zwei Jahren ist innerhalb des EWR ein Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln im Europäischen Wirtschaftsraum in Kraft getreten. Damit könnten über die EWR-Länder Medikamente bezogen werden, die im Vergleich zum Bezug aus der Schweiz um 40 Prozent günstiger eingekauft werden könnten. Da die Medikamente bisher hauptsächlich aus der Schweiz kamen, würde sich beim Bezug der Arzneien über ein EWR-Land die Möglichkeit bieten, Kosten im Gesundheitswesen massiv zu senken. Die Kosten für Medikamente betragen in Liechtenstein 8 Millionen Franken pro Jahr. Somit könnten Kosten im Rahmen von 800 000 bis einer Million Franken jährlich eingespart werden. Das enorme Sparpotential, das durch den Einsatz von EWR-Medikamenten gegeben wäre, wird bis heute nicht genutzt. In einer Frage möchten die Interpellanten wissen, wo die Schwierigkeiten für die Übernahme und Vergütung von EWR-Medikamenten durch die Krankenversicherung liegen. Weiter wird angefragt, warum der Liechtensteinische Krankenkassenverband bis heute keine Liste der für die Krankenversicherung zugelassenen EWR-Arzneimittel mit den entsprechenden Ersatzleistungen publiziert. Die Interpellanten möchten von der Regierung wissen, ob der Liecht. Krankenkassenverband bisher von seiner gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, im vereinfachten Verfahren EWR-Arzneimittel in Verkehr zu bringen und für die Krankenversicherung zuzulassen. In weiteren Fragen wird die Regierung aufgefordert, sich generell über die Einsparmöglichkeiten von Gesundheitskosten durch den Einsatz von EWR-Arzneimitteln zu äussern. Das enorme Sparpotential, das durch den Einsatz von EWR-Medikamenten gegeben ist, wird bis heute nicht genutzt. Dadurch werden bis zu einer Million Franken jährlich an Gesundheitskosten verschleudert. Für die Interpellanten ist dies nicht akzeptabel und sie verlangen mit ihren Fragen von der Regierung Aufklärung über diesen Sachverhalt. (hne)

**Zwei neue Landrichter vorgeschlagen**

In seiner gestrigen Sitzung hat der Landtag zwei neue Landrichter zur Ernennung durch S.D. dem Landesfürsten auf den 1.1.2002 gewählt. Es handelt sich um Dr. Gerhard Mislik aus Schaan und um lic. jur. Willi Büchel aus Balzers. Beide Personen wurden einhellig in geheimer Wahl durch das Parlament gewählt. (hne)

**Medienkommission teilweise gewählt**

In drei geheimen Wahlen hätte gestern im Landtag die Medienkommission gewählt werden sollen. Diese muss laut Medienförderungsgesetz aus Personen bestehen, die sich zwar gut in der liechtensteinischen Medienlandschaft auskennen, aber in keinem Interessenskonflikt stehen oder die bei keinem Medium arbeiten, welches dem liechtensteinischen Medienförderungsgesetz unterstellt ist. In der ersten geheimen Wahl wurde Roman Banzer aus Triesen einhellig zum Präsidenten der Kommission gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Hansruedi Sele (Bild) aus Vaduz vom Parlament einhellig gewählt. In der folgenden geheimen Wahl hätten 5 weitere Mitglieder bestimmt werden sollen. Da jedoch nur ausländische und dem Parlament unbekannt Personen vorgeschlagen wurden, entstanden Diskussionen. Die Namen dieser Mitglieder und deren Personaldaten wurden zu spät an die Abgeordneten versandt. Die Wahl dieser fünf Mitglieder der Medienkommission wurde auf den Schluss der Landtagssitzung verschoben, damit die Parlamentarier in der Zwischenzeit die Möglichkeit haben, die Lebensläufe der vorgeschlagenen Personen zu studieren. (hne)

**LSB-Petition überwiesen**

Landtag unterstützt die im Senioren-Parlament formulierten Zielsetzungen

**Der Liechtensteinische Seniorenbund kann auf die Unterstützung des Landtags zählen. Seine Petition, die im letzten Jahr aus der ersten Senioren-Parlamentssitzung erwuchs, ist gestern Abend einhellig an die Regierung überwiesen worden.**

Manfred Öhri

Im November letzten Jahres hatte der Liechtensteinische Seniorenbund (LSB) zum ersten Senioren-Parlament nach Vaduz eingeladen und die Tagung unter das Motto der Vereinten Nationen gestellt: «Alle Generationen – eine Gesellschaft». Im Zentrum der Ansprachen und Debatten standen die soziale Sicherheit und das Zusammenleben der Generationen.

**Petition erarbeitet**

Auf der Grundlage der damaligen Diskussionen erarbeitete der LSB-Vorstand eine Petition, die den Themenbereichen AHV und IV, Krankenkasse, Steuern und Seniorenbeitrag gewidmet ist. Bei der Überreichung an den Landtag wurde dieser gebeten, die Petition an die Regierung weiterzuleiten, «um diese Angelegenheiten möglichst rasch zum Nutzen der weniger bemittelten Mitmenschen in unserem Lande umzusetzen». Im Sinne eines «Generationenvertrages 2000» hätten die Seniorinnen und Senioren ein starkes Interesse daran, hiess es damals, «das Netz der sozialen Sicherheit für unsere Nachkommen zu sichern und die Belastungen für Wenigerverdienende und Minderbemittelte, namentlich für Familien und Betagte, zu senken».

Ein Schwerpunkt der Petition betrifft deshalb auch die langfristige Sicherung der AHV-Rentenleistungen. Nach den Vorstellungen der Petitionäre sollten die Ausgaben der AHV die Einnahmen zu keinem Zeitpunkt übersteigen dürfen. Auch nach dem Jahr 2010 müsse ein AHV-



Auf Antrag von Landtagspräsident Peter Wolff und Landtagsvizepräsident Otmar Hasler (Bild) wurde die Petition des Seniorenbundes einhellig an die Regierung überwiesen. (Bilder: bak)

Fonds von mindestens zehn Jahresraten gesichert sein. Zur Gewährleistung bzw. Finanzierung der sozialen Sicherheit solle ein Teil der Mehrwertsteuer-Erträge verwendet werden. Es ehre diese Generation, hielt der FBPL-Abgeordnete Marco Ospelt gestern dazu fest, dass sie sich auch um ihre Enkelkinder kümmern.

**Wertvolle Debatten**

Auf Antrag von Landtagspräsident Peter Wolff und Landtagsvizepräsident Otmar Hasler, die damals zusammen mit dem FL-Abgeordneten Paul Vogt der Sitzung beiwohnten, ist die Petition nun einhellig «zur geeigneten Verfügung» an die Regierung überwiesen worden. Der Landtagspräsident fasste die darin formulierten Anliegen dahingehend zusammen, dass es den Petitionären in erster Linie um eine Sicherstellung gehe. Zwar gebe es einzelne Punkte, die man so wortwörtlich nicht unbedingt unterschreiben könne, doch die Zielsetzung der Petition könne man sehr wohl unter-

stützen. Peter Wolff bat die Regierung, den Petitionären baldmöglichst zumindest ein Zwischenergebnis mitzuteilen. Otmar Hasler unterstrich gestern erneut, dass er die Tagung sehr begrüsst habe. Er sprach allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern seinen Dank für ihren engagierten Einsatz aus. Die interessanten und wertvollen Debatten habe er mit Freude mitverfolgt.

**Erfahrungsschatz nutzen**

Auch Marco Ospelt nahm die Gelegenheit wahr, um dem Seniorenbund für seine Initiative zu danken. Es sei wichtig, betonte er, dass der Erfahrungsschatz der älteren Menschen nicht verloren gehe, sondern für unsere Gesellschaft nutzbar gemacht werde. Besonders gefreut habe ihn die Forderung nach einem «Patientenanwalt», und er hoffe deshalb, dass die Regierung diese Anregung ernsthaft prüfe. Seine uneingeschränkte Unterstützung fand auch die Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit.

Beeindruckt davon, wie sich die Seniorinnen und Senioren im Parlament eingebracht hätten, zeigte sich gestern auch Paul Vogt. Alt werden dürfe nicht bedeuten, dass man abgeschoben werde, meinte er. Als gefährlich habe er indes den Gedanken empfunden, dass die Alten den Jungen nicht zur Last fallen wollten.

**Neuer Seniorenbeirat**

Ihren mehrfach erklärten Willen, bei der Bewältigung anstehender Probleme aktiv mitzuwirken, bekräftigten die Petitionäre unter anderem mit dem Vorschlag zur Schaffung eines Seniorenbeirates, welcher der Regierung beratend zur Seite stehen und ein Vorschlagsrecht haben solle. Dieser Beirat könne der Regierung auch als Gesprächspartner bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen zur Verfügung stehen, heisst es in der Petition. Besonderen Gefallen an dieser Idee hatten gestern sowohl Marco Ospelt wie auch Paul Vogt.

**PUK Polizei: Heftiges Wortgefecht bei Neubestellung**

Lorenz Heeb ersetzt den abtretenden Hansjörg Goop in der PUK zur Polizei

**Heftiges Wortgefecht zwischen VU- und FBPL-Abgeordneten bei der Neubestellung eines Mitglieds für die parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Polizeiskandal. Die VU-Abgeordneten Karlheinz Ospelt und Peter Sprenger auf der einen Seite und die FBPL-Abgeordneten Alois Beck, Gebhard Hoch und Rudolf Lampert auf der anderen Seite unterstellten sich gegenseitig parteipolitische Motive um die Besetzung dieser PUK. Schliesslich wurde der VU-Abgeordnete Lorenz Heeb einhellig in die PUK gewählt.**

Alexander Batliner

Die Neubestellung der PUK zur Polizei führte zu einem heftigen Wortgefecht zwischen Abgeordneten der beiden grossen Parteien. Der FBPL-Abgeordnete Alois Beck führte in seinem Votum aus, dass die VU jedes Gespür vermissen liess, und trotz des Hinweises, dass der VU-Abgeordnete Hansjörg Goop verwandtschaftliche Beziehungen zu jetzigen Mitarbeitern der Polizei besässe, mit den Stimmen der VU und mit seiner eigenen Stimme in die PUK zur Polizeiaffäre gewählt wurde. Alois Beck äusserte die Vermutung, dass dieser Versuch lanciert wurde, um den Bericht als parteipolitisch abzuqualifizieren. Alois



Der VU-Abgeordnete Lorenz Heeb wurde als Nachfolger von Hansjörg Goop in die PUK-Polizei gewählt.

Beck führte zudem aus, dass der Unterschied zu PUK-Mitglied Gabriel Marxer (FBPL) offenkundig sei. Gabriel Marxer habe keine verwandtschaftlichen Beziehungen zu jetzigen Mitarbeitern der Polizei. Dies im Gegensatz zu Hansjörg Goop. Bei der Bestellung der PUK im Dezember 1999 habe weder die VU noch die Freie Liste Einwände gegen die Wahl von Gabriel Marxer vorgebracht. Dieses Verhalten der VU sei ein Angriff auf den Landtag und gegen den verwahre sich der Abgeordnete Alois Beck.

**Heftige Reaktionen**

Diese Ausführungen von Alois Beck führten zu heftigen Reaktionen von Seiten der VU. «Sie messen mit zweierlei Ellen Herr Beck.» betonte VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger. Gabriel Marxer, so der VU-Fraktionssprecher, stehe in verwandtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Mitarbeitern der Polizei Horst und Werner Marxer. Es gebe keinen Unterschied zur Situation von Hansjörg Goop. Peter Sprenger warf der FBPL unfaires Verhal-

ten vor. Durch diese Kritik von Seiten der VU sah sich Gabriel Marxer gezwungen, seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu ehemaligen Mitarbeitern der Polizei klarzustellen. Er führte aus, dass Horst Marxer sein Cousin sei und er mit Werner Marxer erst im 6. oder 7. Grad in der Seitenlinie verwandt sei. Demgegenüber arbeitet heute ein Bruder von Hansjörg Goop bei der Polizei. Rudolf Lampert (FBPL) führte schliesslich noch aus, dass man bei einer Bestellung einer PUK nie wissen könne, welche Personen von der PUK vorgeladen würden. Es bestünde immer die Gefahr, dass jemand vorgeladen werde, der auf irgendeine Art und Weise mit einem PUK-Mitglied verwandt sei. Wenn aber Verwandte Gegenstand der Untersuchung seien, müsse es als Unverfrorenheit betitelt werden, wenn eine Partei trotzdem eine solche Person in die PUK wählen würde. Dieser Meinung schloss sich auch FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch an. Darauf sah sich der VU-Abgeordnete Karlheinz Ospelt gezwungen, ebenfalls die verbalen Kritiken der FBPL zurückzuweisen. Schliesslich betonte Alois Beck, dass es um das Vertrauen des Landtages gehen würde, und dies hätte unter dem Verhalten der VU geschadet. Schliesslich wurde Lorenz Heeb einhellig in die PUK zur Polizei gewählt.